



SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL SERVICIO POSTAL MEXICANO “CORREOS DE MÉXICO”



COMITÉ EJECUTIVO NACIONAL

ZWEIWÖCHENTLICHER INFORMATIONSBRIEF – WICHTIGE EREIGNISSE IN DER BRANCHE WELTWEITER POSTVERSAND

Nr. 9

17. ZWEIWÖCHIGER ZEITRAUM – 2026 (1. SEPTEMBER – 15. SEPTEMBER 2026)

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

- Der Oberste Gerichtshof der USA bestätigte die vorläufige Aussetzung einer Bundesvorschrift, die den US-Postdienst (USPS) dazu verpflichten sollte, eine Liste zugelassener Wähler zu überprüfen, bevor Wahlunterlagen zugestellt werden. Jonathan Smith, Vorsitzender der Gewerkschaft APWU, warnte am 10. September, dass das operative Personal an der „Front“ zwischen den Fronten eines Rechtsstreits stehe. Die Gewerkschaft kritisierte, dass die Zusteller und Inspektoren bei einer plötzlichen Umsetzung dieser Änderungen weder über die nötige Schulung noch über klare Richtlinien für die Anwendung der Beschränkungen bei der Wahlpost verfügt hätten – und das nur wenige Wochen vor der Wahl im November. Dies gefährde sowohl die operativen Abläufe als auch die Rechte der Wähler.
- Die NALC (National Association of Letter Carriers) verstärkte ihren öffentlichen Druck auf den Kongress, um die Verabschiedung des „Protect Our Letter Carriers Act“ (Gesetz zum Schutz unserer Briefträger) zu erwirken. Angesichts der zunehmenden Überfälle und Diebstähle von Generalschlüsseln, denen die Beschäftigten während ihrer Zustellrunden ausgesetzt sind, bekräftigte die Gewerkschaft die dringende Notwendigkeit, für mehr physische Sicherheitsmaßnahmen und strengere strafrechtliche Sanktionen zu sorgen.

KANADA

- Das staatliche Unternehmen kündigte die schrittweise Abschaffung der direkten Hauszustellung von Postsendungen zugunsten von Gemeinschaftsbriefkastenanlagen an; von dieser Maßnahme sind bis Jahresende zunächst rund 136.000 Adressen betroffen. Die kanadische Postgewerkschaft (CUPW) hat in den vergangenen zwei Wochen ihren entschiedenen Widerstand gegen dieses Vorhaben bekundet. Die Gewerkschaft kritisiert, dass diese Maßnahmen den öffentlichen Charakter des Postdienstes untergraben und langfristig zu einem Personalabbau durch natürliche Fluktuation führen würden. Um dem entgegenzuwirken, hat die CUPW Bündnisse mit Kommunalverwaltungen geschlossen, die die Maßnahme ablehnen, mit dem Ziel, die Installation der Gemeinschaftsbriefkästen zu stoppen.
- Nach einem langwierigen, mehr als zweijährigen Konflikt, der auch landesweite Streiks umfasste, arbeiten die CUPW und Canada Post nun auf der Grundlage ihres neuen Fünfjahresvertrags (gültig bis Januar 2029). In den ersten Septembertagen überwachten die Gewerkschaftsausschüsse die ordnungsgemäße Umsetzung der erkämpften Leistungen; dazu gehören unter anderem der Schutz der Pensionsfonds, die Garantie der Arbeitsplatzsicherheit in städtischen und ländlichen Gebieten sowie das Betriebsmodell für die Paketzustellung an Wochenenden.

EL SALVADOR

- Die von Vertretern der Gewerkschaft der Beschäftigten der Generaldirektion für das Postwesen (SITRACORREOS) angestoßene Debatte über die Reform des Sondergesetzes für öffentlich-private Partnerschaften bleibt ein zentrales Thema für die Belegschaft. Die bei der Gesetzgebenden Versammlung eingereichte Initiative zielt darauf ab, die Generaldirektion für das Postwesen rechtlich in die Kooperationsmodelle mit dem Privatsektor einzubeziehen. Die Gewerkschaft argumentiert, dass diese Maßnahme unerlässlich sei, um die veraltete Postinfrastruktur des Landes zu modernisieren, Technologien für die Paketzustellung zu beschaffen

und eine „vollständige Privatisierung“ zu verhindern, die die Arbeitsplätze von Zustellern und Verwaltungsangestellten im Staatsdienst massiv gefährden würde.

- Zusteller und Schalterpersonal mussten in den vergangenen zwei Wochen den operativen Druck bewältigen, der sich aus der Marktstabilisierung nach der Anpassung der nationalen und internationalen Tarife (die seit 2020 unverändert geblieben waren) ergab. Die Gewerkschaften weisen darauf hin, dass die Einführung neuer, wettbewerbsfähiger Dienstleistungen – wie „Mercadería Express“ und Eilsendungen – eine Überprüfung der Arbeitsbelastung sowie eine Aufstockung der Ressourcen und Arbeitsmittel für das Zustellpersonal in den verschiedenen Bezirken El Salvadors erforderlich macht.

COSTA RICA

- Die operativen Teams in den Sortierzentren mussten ihre Arbeitsabläufe anpassen, da der Versand von Kleinpaketen in die USA durch die Einführung US-amerikanischer Zölle auf Sendungen mit einem Wert von unter 800 US-Dollar eingeschränkt wurde. Gewerkschaftsvertreter äußerten Bedenken hinsichtlich der negativen Auswirkungen auf die Ziele zur Gewinnung von Sendungen kleiner und mittlerer Unternehmen aus Costa Rica; sie forderten einen Dialog mit der Vertriebsleitung, um die Stabilität der Routen für die Abholung internationaler Fracht zu sichern.
- Nach der behördlichen Genehmigung durch die Regulierungsbehörde für öffentliche Dienstleistungen (Aresop) wendet die costa-ricanische Post (Correos de Costa Rica) ein neues Tarifmodell an, das bei bestimmten traditionellen Postdiensten Preiserhöhungen von bis zu 206 % vorsieht. Das Unternehmen begründete den Anstieg mit dem drastischen Rückgang des Versandvolumens bei herkömmlichen Sendungen. Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaftssektionen (die historisch mit Verbänden wie der ANEP verbunden sind) beobachten genau, ob der Verwaltungsrat diesen Rückgang der traditionellen Sendungsmengen als Rechtfertigung für Personalabbau nutzt; stattdessen fordern sie die Umschulung und den Einsatz von Zustellern in Bereichen mit höherer Nachfrage, wie etwa der Zustellung von Geschäftspaketen (E-Commerce).

KUBA

- Im Rahmen des von Premierminister Manuel Marrero Cruz angekündigten Sparprogramms der kubanischen Regierung (das darauf abzielt, zahlreiche staatliche Verwaltungsstellen zu streichen) war die erste Septemberhälfte als Frist für den Abschluss der strukturellen Neuorganisation der öffentlichen Unternehmen festgelegt worden. Die Gewerkschaft SNTIE überwachte innerhalb der Postdienststellen, dass sich der Prozess vor allem auf das Einfrieren unbesetzter Verwaltungsstellen konzentrierte, um Massenentlassungen von im operativen Zustelldienst tätigen Postboten zu vermeiden.
- Aufgrund der zunehmenden Stromausfälle, die die Computersysteme der Postämter lahmlegten, wurden in den ersten Septembertagen von den Belegschaften ausgearbeitete Notfallpläne aktiviert. Die Postbeschäftigten organisierten verlängerte Arbeitszeiten und außerordentliche manuelle Verfahren, um die Barauszahlung von Renten an Tausende von Ruheständlern zu gewährleisten und so zu versuchen, die durch die Energieausfälle entstandenen langen Warteschlangen zu verkürzen.



SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL SERVICIO POSTAL MEXICANO “CORREOS DE MÉXICO”



COMITÉ EJECUTIVO NACIONAL

FRANKREICH

- Am 15. September 2026 kam es in den Filialen von La Poste in ganz Frankreich zu zahlreichen Betriebsstörungen. Ursache war ein massiver Systemausfall infolge eines missglückten IT-Updates in den frühen Morgenstunden. Dies legte die Systeme für den Briefmarkenverkauf sowie den Versand von Briefen und Paketen an den Schaltern lahm, was zu Unmut bei den Kunden führte und die Arbeitsbelastung des Personals in den Filialen weiter erhöhte.
- Die wichtigsten bei La Poste vertretenen Gewerkschaften (wie FO Com und SUD PTT) begannen mit der aktiven Mobilisierung für den für den 29. September 2026 angekündigten Generalstreik. Die Postgewerkschaften fordern einen Stopp der von der Unternehmensführung und der Regierung verordneten Sparmaßnahmen sowie Lohnerhöhungen zum Ausgleich des Kaufkraftverlusts und ein Ende der prekären Arbeitsbedingungen in den Postfilialen des ganzen Landes.

DEUTSCHLAND

- In den vergangenen Wochen schlossen sich die Gewerkschaftsvertreter von Deutsche Post / DHL in Deutschland der groß angelegten Kampagne des Dachverbands UNI Global Union an, um Änderungen an der EU-Postdienstleistungsrichtlinie zu fordern. Die deutschen Gewerkschaften verlangen eine Absicherung der staatlichen Finanzierung des Universaldienstes im Postwesen sowie einen Stopp der Bestrebungen zur weiteren Liberalisierung des europäischen Postmarktes; sie argumentieren, dass die geltenden Richtlinien die Zukunftsfähigkeit der etablierten öffentlichen Postunternehmen und stabile Beschäftigungsverhältnisse gefährden.
- Am 2. September 2026 rief die einflussreiche Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zu einem 48-stündigen Warnstreik auf. Der Arbeitskampf beeinträchtigte die strategisch wichtigen Häfen im Norden des Landes erheblich. Nach dieser Unterbrechung des Betriebs verschärften sich die Spannungen Mitte des Monats, als mehr als 5.500 Beschäftigte das Lohnangebot des Zentralverbands der deutschen Seehafenbetriebe (ZDS) ablehnten. Da 64,7 % der Stimmen gegen den Vorschlag der Arbeitgeberseite ausfielen, ebnete ver.di den Weg für eine formelle Urabstimmung über einen umfassenden, unbefristeten Streik.

CHINA

- Die Gewerkschaft des staatlichen Unternehmens China Post konzentrierte ihre Arbeitsgespräche in diesem Zeitraum auf die Auswirkungen autonomer Lieferfahrzeuge und Drohnen, die ihren kommerziellen Betrieb in dicht besiedelten städtischen Gebieten aufgenommen haben. Die Arbeitnehmervertreter forderten, dass Pläne zur technologischen Aufrüstung verpflichtende, vom Unternehmen finanzierte Umschulungsprogramme vorsehen. Ziel ist es, herkömmliche Zusteller zu Überwachern autonomer Flotten oder zu Logistiktechnikern in städtischen Verteilzentren umzuschulen, um den direkten Verlust von Arbeitsplätzen abzufedern.
- Anfang September 2026 führte die Gewerkschaft von China Post im Rahmen des 10. „919“-Festivals für landwirtschaftliche Postprodukte umfangreiche Maßnahmen zur Einbindung der Belegschaft durch. Mit dieser Kampagne sollen Zusteller in ländlichen Gebieten motiviert werden, die ersten Ziele des kürzlich vorgestellten 15. Fünfjahresplans (2026–2030) für den Postsektor zu erfüllen; dieser sieht vor, die „letzte Meile“ in abgelegenen Bauerndörfern an das moderne Logistiknetz anzubinden.

SÜDKOREA

- Die erste Septemberhälfte diente der Konsolidierung der internen Neuorganisation der Nationalen Gewerkschaft der Postbeschäftigten (KPWU), der mit über 27.000 Mitgliedern größten Gewerkschaft des

Sektors. Die Organisation durchläuft derzeit einen Umstrukturierungsprozess, der auf die Absetzung der früheren Führung und die gegen sie eingeleiteten Gerichtsverfahren wegen der Veruntreuung von Gewerkschaftsbeiträgen zurückzuführen ist.

- Die Korea Labor Foundation startete gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretungen die Sicherheitskampagne „2026 Safety Bridge Project“, die sich gezielt an motorisierte Zusteller (Fahrer) und Express-Paketboten richtet. Angesichts des durch Unternehmensalgorithmen erzeugten Drucks, kurze Lieferzeiten einzuhalten, umfasst die Kampagne Fahrzeugkontrollen für Zweiräder sowie obligatorische Gesundheitsuntersuchungen. Arbeitnehmervertretungen setzen sich dafür ein, dass der in diesem Monat temporär erhöhte Arbeitsaufwand nicht zu Unfällen infolge chronischer, extremer Übermüdung führt – einem seit Langem bestehenden Problem im südkoreanischen Zustellsektor.

SÜDAFRIKA

- In der ersten Septemberhälfte wurde die Übergabe des staatlichen Unternehmens an den neuen Verwaltungsrat besiegelt, nachdem die vom High Court in Pretoria bestellten Sanierungsexperten den Sanierungsplan für weitgehend umgesetzt erklärt hatten. Bedeutende Gewerkschaften wie die Communication Workers Union (CWU) und die Democratic Postal and Communication Workers Union (DEPACU) äußerten ihren Protest gegen die „menschlichen Kosten“ dieses Prozesses. Obwohl die Bilanz der SAPO rechnerisch wieder eine technische Zahlungsfähigkeit auswies, wiesen die Gewerkschaften darauf hin, dass dies auf Kosten der Massenentlassung von mehr als 4.300 Beschäftigten und der endgültigen Schließung von über 350 Filialen im ganzen Land erreicht wurde.
- Unterstützt durch den Gewerkschaftsverband SAFTU (South African Federation of Trade Unions) übten Basisgruppen Anfang September Druck auf die Interims-Geschäftsführerin Fatima Gani aus, die Lohnverhandlungen wieder aufzunehmen. Das operative Postpersonal forderte eine sofortige Lohnanpassung, da die Gehälter aufgrund der institutionellen Krise des Unternehmens seit fast einem Jahrzehnt stagnieren oder weit hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückgeblieben sind. Die Gewerkschaften warnten davor, dass die vermeintliche finanzielle Stabilisierung der SAPO nicht von Dauer sein werde, solange die prekäre Lage der verbleibenden Belegschaft fortbestehe.

INFORMATIONSQLUELLE:

GovExec.com, Canadian Union of Postal Workers, The Tico Times, Korea JoongAng Daily, South African Post



CANADA POST



LA POSTE



KOREA POST

ERSTELLT VON: ANGEL BARRIOS CUEVAS
ADMINISTRATIVE UNTERSTÜTZUNG

SINDICATO NACIONAL DE TRABAJADORES DEL SERVICIO POSTAL MEXICANO
“CORREOS DE MÉXICO”